

Lebenslaute 2022 „Musizieren statt Betonieren! Verkehrswende jetzt! A 100 stoppen“

Rede zum Vorkonzert am 2. August 2022 um 19 Uhr in der Taborkirche, Berlin

Wir sind hier, um den Widerstand gegen den Bau der A100 zu stärken.

Der 16. Bauabschnitt der A100 wird mit 200.000 Euro pro Fahrbahnmeter die teuerste Autobahnstrecke Deutschlands. Sie steht für eine riesige Geldverschwendung zugunsten einer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik, die immer noch behauptet, dass neue Straßen den Verkehr entlasten. Das Gegenteil ist der Fall: Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Diesen Irrweg sehen wir hier in Berlin: Der Berliner Autoverkehr hat innerhalb nur drei Jahren um 20% zugenommen: 1,5 Millionen PKWs gibt es heute in Berlin. Auf deutschen Straßen stehen und fahren 47 Millionen Autos, 50% mehr als noch vor 30 Jahren. Der zerstörerische Weiterbau der A 100 ist exemplarisch für eine verfehlte und ignorante Verkehrspolitik ist.

Wir sind hier, weil die aktuelle Verkehrspolitik in den ökologischen Abgrund führt

Planungen zum Berliner Stadtring fanden bereits in der NS-Zeit statt und wurden in den 1960er Jahren weitergeführt. Die A100 ist exemplarisch für die Tatsache, dass die Fehlentwicklungen der deutschen Verkehrspolitik weit zurückreichen. Selbst als immer deutlicher wurde, wie sehr diese autozentrierte Politik in die Sackgasse und immer tiefer in die Klimakrise führt, wurde von der Politik an dieser verhängnisvollen Richtung festgehalten. Das Straßennetz wurde zwischen 1995 und 2017 um mehr als 100 000 km verlängert. Gleichzeitig wurde das Schienennetz um 1/3 verkürzt.

Subventionen von knapp 30 Mrd. EUR pro Jahr, zum Beispiel für Diesel und Dienstwagen, tragen dazu bei, dass der Autoverkehr immer dichter wird. Die Autos werden immer größer, schwerer und leistungstärker, die SUV-Stadtpanzer prägen das Bild unserer Städte. Dagegen ist eine einfache klimapolitische Maßnahme wie das Tempolimit auf Autobahnen in Deutschland - als einzigem Land der Welt - nicht durchsetzbar.

Unsere Verkehrspolitik tötet

Die als Lösung propagierte Umstellung vom Verbrennungsmotor auf den Elektromotor ist eine Heuchelei; der Verbrauch fossiler Brennstoffe wird dadurch nur verschoben und kaum reduziert. Darüber hinaus verschlingt die Herstellung von E-Autos riesige Mengen an Rohstoffen. Der Abbau u.a. von Lithium, Platin, Seltenen Erden und Aluminium gefährdet Menschenleben, vor allem im globalen Süden. Unser Autowahn vergiftet Landschaften und Flüsse in Ghana, verletzt Menschenrechte in China und entzieht Bauern in Bolivien und Chile das Grundwasser für ihre Felder.

Wir sind hier, weil Autobahnen unsere Lebensgrundlagen zerstören

Das Verschwinden von Faltern und Waldameisen kann uns nicht egal sein. Auch Disteln sind ein zu würdiger Teil der Natur. Sie alle haben ihre unverzichtbaren Aufgaben im „Konzert der Arten“. Die Abholzung von jahrhundertalten Bäumen zu Gunsten von totem Asphalt durchschneidet genauso unsere Herzen. Wo Bäume gedeihen, gibt es kühlendes Grün, während Asphalt- und Betondecken sich aufheizen und die Auswirkungen der Klimaerwärmung befeuern.

Der Bau neuer Autobahnen und Bundesstraßen zerstört Wälder, Moore und Wiesen. Er schadet dem Klima, er belastet das Grundwasser und bringt Lärm und Abgase in die Natur. Die Kosten für die neuen Betonschneisen gehen in die Milliarden, während für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder den Bau von Rad- und Fußwegen das Geld angeblich fehlt. Neue Straßen steigern das Verkehrsaufkommen und verschärfen die globale Klimakatastrophe, die im globalen Süden, aber auch hierzulande schon längst schreckliche Konsequenzen hat.

Als einziger Wirtschafts-Sektor hat der Verkehr es nicht geschafft, seinen CO₂-Ausstoß zu verringern und verfehlt fortlaufend die Klimaziele. Sehenden Auges fährt auch die neue Regierung weiterhin mit Vollgas in den ökologischen und klimapolitischen Abgrund.

Wir sind hier, weil der Bundesverkehrswegeplan rechtswidrig und verfassungswidrig ist.

Der Bundesverkehrswegeplan ist weder mit dem Ziel der Klimaneutralität noch mit Artikel 20a des Grundgesetzes vereinbar. Dieser besagt, dass der Staat auch für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen verantwortlich ist. Ein Rechtsgutachten des „Bundes für Umwelt und Naturschutz“, sowie das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz stellen klar: Der Bundesverkehrswegeplan bricht die Verfassung.

Wir sind hier, um den Bundesverkehrswegeplan zu stoppen.

Der Bundesverkehrswegeplan sieht weitere 850 km Autobahnbau durch die ganze Republik vor, gemäß dem gescheiterten Mobilitätskonzept des vorigen Jahrhunderts. Der Bundesverkehrswegeplan führt zu riesigen volkswirtschaftlichen Schäden, ebenso zu Verlusten an Menschenleben und zu Gesundheitsschäden für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Die Umsetzung des Bundes-Verkehrswege-Plans ist unverantwortlich, ja ein Verbrechen. Diese muss sofort gestoppt werden. Stattdessen fordern wir einen Bundesmobilitätsplan, der im Konsens mit der Zivilgesellschaft und mit Organisationen für Umwelt- und Klimaschutz erstellt werden muss. Einen Bundesmobilitätsplan, der dazu beiträgt, das Überleben unserer menschlichen Zivilisation in einer lebendigen Natur zu sichern.

Wir freuen uns, dass kürzlich der erste Bauabschnitt der A20 zwischen Westerstede und Jaderberg in Niedersachsen gerichtlich gestoppt wurde. Ohne massiven öffentlichen Widerstand wäre dieser Erfolg nicht gelungen. Und wir bauen darauf, dass es auch in Berlin gelingt, dem Autowahn Einhalt zu bieten!

Wir protestieren gegen Demokratieabbau zugunsten der Autolobby

Die Mobilitätspolitik in Deutschland ist darauf ausgerichtet, den Absatz der Autoindustrie zu fördern und gleichzeitig die Mitsprache der Bevölkerung auszuhebeln: So wurde 2018 die Autobahn GmbH gegründet. Ihr Ziel: die Zuständigkeit für den Autobahnbau von den Ländern auf den Bund zu übertragen. Ihr Fernziel: die Privatisierung der Autobahnen zu ermöglichen. Dafür wurde sogar das Grundgesetz geändert.

Dem Bundesministerium für Verkehr sind die Belange der meisten Menschen vor Ort egal, nicht hingegen die Interessen der Automobilindustrie. Dank deren gigantischer Lobbyarbeit lassen sich Politiker:innen bereitwillig vor ihren Karren spannen, die Anliegen der Zivilgesellschaft sind ausgeschaltet. Zum Beispiel konnten sich die regierenden Grünen in Hessen in billige Ausflüchte retten, als das Protestcamp im Dannenröder Wald unter Einsatz massiver Gewalt gegen Aktivist:innen geräumt wurde. Ihr Argument? Das Land Hessen besitze keine Zuständigkeit mehr für die A49 und den dafür angeordneten Kahlschlag.

Wir solidarisieren uns mit der verurteilten Klimaaktivistin ELLA

Ella protestierte gegen den geplanten Bau der A49, dem der Dannenröder Wald geopfert wird. Am 26. November 2020 wurde sie bei seiner gewaltsamen Räumung festgenommen und saß eineinhalb Jahre in U-Haft. Inzwischen wurde sie zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

„Ella“ rückwärts gelesen heißt „Alle“. Und wirklich: mit solchen Vorgängen positionieren sich staatliche Repression und Justiz gegen uns alle, indem sie sich eine Person herausgreifen, und an ihr ein Exempel statuieren. In unserem Verständnis steht Ella für die vielen Klimagerechtigkeits-Aktivist:innen, die die heranrollende Klimakatastrophe aufhalten wollen. Wir solidarisieren uns mit ihr und mit allen, die sich gegen den weiteren Bau von Autobahnen engagieren. Denn: Klimaschutz ist kein Verbrechen!

Wir brauchen eine sofortige Mobilitätswende

Zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss eine umfassende Mobilitätswende einleiten: Hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr und deutlich mehr öffentlichem Verkehr. Dazu gehört auch eine Änderung der Verkehrsgesetze. Dieses setzen den Rahmen für den Vorrang der Verkehrsmittel. Wir möchten, dass das Gesetz dahingehend geändert wird, dass umweltfreundlichen Verkehrsmitteln Vorrang gewährt werden kann. Auch muss den Kommunen zum Beispiel das Recht eingeräumt werden, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Es gibt ermutigende Beispiele in anderen Ländern: In Paris wurde ein konsequenter Rückbau der autozentrierten Strukturen eingeleitet: Die Ufer der Seine sind für Autos gesperrt. Nahezu die gesamte Stadt ist eine Tempo-30-Zone. In den nächsten Jahren soll die Zahl der Autoparkplätze halbiert, dafür aber das Netz der Radwege weiter ausgebaut werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Zahl der Fahrradfahrten ist um 50% gestiegen und erstmals seit 80 Jahren geht die Autonutzung zurück. Auch andere europäische Großstädte wie Barcelona, Kopenhagen, Lyon, Straßburg, Amsterdam oder Utrecht haben ähnliche Entwicklungen auf den Weg gebracht.

Wir sind hier, um dem Berliner Senat Druck zu machen.

Alle Berliner Regierungsparteien haben sich gegen die A100 ausgesprochen, auch im Koalitionsvertrag ist verankert, dass der Senat den Weiterbau nicht vorantreiben wird. Allerdings ist klar: Der Senat besitzt in dieser Angelegenheit keine Entscheidungskompetenz mehr. Er muss daher andere Wege finden, um die Stadt vor der weiteren Zerstörung durch eine unsinnige Stadtautobahn zu schützen, die ihr das Bundesverkehrsministerium aufnötigt.

Wir unterstützen alle Initiativen, die sich gegen die gigantische Zerstörungsstrategie, die steigende Umweltbelastung und die Beschneidung der Lebenschancen künftiger Generationen wehren. Wir fordern den Berliner Senat auf, sich nicht weg zu ducken, sondern sowohl politisch als auch juristisch alles zu tun, um den Bau der A100 zu stoppen.

Wir sind hier, weil wir für eine umfassende, sozial- und klimagerechte Mobilitätswende kämpfen.

Wir fordern:

- Stoppt den Bundesverkehrswegeplan!
- Stoppt den Bau aller natur- und klimaschädigenden Straßenbauprojekte!
- Stoppt die Subventionen und Privilegien für Autoverkehr und Autoindustrie!
- Stoppt die Privatisierung von Straßenbau und anderer öffentlicher Infrastruktur!
- Stoppt den Ausbau der A100!

Wir fordern:

- Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs in den Städten und auf dem Land!
- Modernisierung, Reaktivierung und Ausbau des Schienennetzes!
- Rad, Bus und Bahn statt Autowahn!
- Freispruch für ELLA, keine Kriminalisierung von Klimaaktivist:innen!